

Der 13. Stock

die Kolumne von Dr. Stephan Kloess

Der Staat und seine Aufgabe, den Rahmen zu schaffen



Der Staat leitet aus seiner hoheitlichen Aufgabe ab, dass er alles regeln darf, muss, sollte. Er vergisst, dass die spontane Ordnung des Marktes staatlicher Regelung überlegen ist, weil der Markt es besser weiss als der Staat. Der Staat benötigt für die Herstellung des Rahmens andere Kompetenzen als die Wirtschaft, um im Wettbewerb zu bestehen. Die Motivation zur Regelung von allem und jedem wird mit sozialen Zielen beziehungsweise der Steigerung des Gemeinwohls begründet. Allesamt viel zu generische Begründungen, um einen bestimmten wirtschafts-politischen Kurs zu definieren. Benito Mussolini war es, der einst sagte, was heutzutage viele Politiker wohl denken und beabsichtigen, aber nicht aussprechen: «Wir waren die ersten, die erklärt haben, dass die Freiheit des Individuums umso mehr beschränkt werden muss, je komplizierter die Zivilisation wird.»

Wir bewegen uns in Richtung Planwirtschaft. Über die Hälfte der Preise sind nicht mehr das Resultat von Angebot und Nachfrage, sondern massgeblich vom Staat mitgestaltet oder direkt kontrolliert. Der Staat wächst schneller als die Privatwirtschaft: Die Beschäftigung im öffentlichen Sektor nimmt stetig zu und nähert sich 20% der Gesamtbeschäftigung. Im gleichen Zeitraum ist sie im Privatsektor nur um ungefähr die Hälfte gewachsen. Die Personalausgaben sind seit 2008 mit ca. 2.4% p.a. stärker gestiegen als Inflationsrate und BIP. Gleichzeitig liegen die Löhne in der Bundesverwaltung für vergleichbare Tätigkeiten durchschnittlich ca. 12 % höher als in der Privatwirtschaft. Die Entwicklung extrapoliert, wird sich ein solcher Staat irgendwann fragen müssen, wer ihn finanziert, wo seine Standortvorteile geblieben sind und warum Produktivitätsfortschritte und Wachstum ausbleiben. Zum einen bindet der Staat immer wieder Experten für die Beurteilung von Sachthemen ein. Im Fall der möglichen Verschärfung der Lex Koller hat er eine Regulierungsabschätzung für die Auswirkungen in Auftrag gegeben. Im Ergebnis fällt sie eindeutig aus: «[...] die vorgeschlagenen Massnahmen zur Verschärfung [...] sind] nicht geeignet, die Probleme des Wohnungsmarktes in irgendeiner Weise massgeblich zu lindern. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass Probleme vergrössert werden könnten» (FPRE-Gutachten). Es bleibt wohl ein gut gehütetes Geheimnis der Auftraggeber, weshalb ein eindeutiges Ergebnis komplett ignoriert wird. Zum andern weisen Parlamentarier daraufhin, dass sie auf Lobbyisten angewiesen sind, damit sie Themen, über die sie abstimmen sollen, auch verstehen – selbstverständlich mit dem Nachsatz, dass sie selbst und unabhängig entscheiden, wie sie abstimmen. Hoffentlich.

Fazit: Die öffentliche Hand wächst stetig, gibt sich einer zunehmenden Regelungswut hin, ignoriert Experten, und Parlamentarier hören auf Lobbyisten. Eine ungesunde Entwicklung für eine moderne Gesellschaft.

Bleiben Sie diskursfähig und seien sie herzlich gegrüsst.
Stephan Kloess

Quellen: Avenir Suisse, F.A. von Hayek, IWP – Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik, FPRE-Gutachten